

Mieter:innen wehren sich gegen Wohnungsverkäufe – Petition fordert besseren Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Aus Angst, ihre Wohnungen zu verlieren, haben sich zwölf Mietparteien aus der Zeppelinstraße 51, 51a und 52 in Potsdam zusammengeschlossen. Am heutigen Tag startet die Initiative „MieterInnengemeinschaft Jung & Alt“ eine Online-Petition für besseren Mieter:innenschutz und übergibt diese mit Erstunterzeichnungen an den Petitionsausschuss des Landtags Brandenburg.

Hintergrund sind angekündigte Wohnungsverkäufe in den drei Mehrfamilienhäusern. Die betroffenen Mieter:innen fürchten Eigenbedarfskündigungen und damit den Verlust ihres langjährigen Zuhauses. *„Wir erleben gerade ganz konkret, was fehlender Mieterschutz bedeutet“,* sagt eine Sprecherin der Initiative, Anne Brandenburger. *„Unsere Wohnungen sind weder Spekulationsobjekte noch Wohnungsträume neuer Eigentümer.“*

Mit der Petition fordern die Mieter:innen die Landesregierung Brandenburg zu zwei zentralen Maßnahmen auf:

- Verlängerung der Kündigungssperrfrist bei Eigenbedarfskündigungen von derzeit drei auf zehn Jahre
- Konsequente Anwendung von Umwandlungsverboten, um Mietshäuser vor der Umwandlung in Eigentumswohnungen zu schützen.

Die Umwandlung der Häuser in Eigentumswohnungen habe die aktuelle Situation überhaupt erst möglich gemacht, so die Initiative. Viele Wohnungen seien bereits vor Jahren umgewandelt worden – nun drohen Eigenbedarfskündigungen.

Unterstützt wird die Petition unter anderem von 227 Erstunterzeichnenden und 28 Organisationen und Initiativen. Darunter sind bspw. Mieterinitiativen in Babelsberg und Bornstedt und die Mieterinteressengemeinschaft der Karl Marx Wohnungsgenossenschaft. Weiterhin unterstützen Vorstandsmitglieder des Mietervereins Potsdam und Umgebung e. V. und des AWO Bezirksverbands Potsdam e.V.. In den Kommunen und Landkreisen, in denen Wohnungsknappheit herrscht, finden sich viele Fraktionen und Kreisverbände der Partei Die Linke, die sich den Forderungen der Petition anschließen.

Die Initiative MieterInnengemeinschaft Jung & Alt hofft auch auf Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam, schließlich ist diese Mitglied im bundesweiten Bündnis „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen!“. Das Bündnis teilt die Forderungen der Mieter:innen.

Die wegen der angedrohten Verkäufe von 397 Eigentumswohnungen der Wohnungsgenossenschaft Karl Marx" Potsdam eG gegründete Interessengemeinschaft, solidarisiert sich mit der MieterInnengemeinschaft Jung & Alt. Eine Sprecherin betont: *„Ein Zuhause ist weit mehr als nur eine Unterkunft aus vier Wänden. Es ist Lebensraum, gewachsene soziale Struktur, Nähe zu Schulen, Ärzten, Freundschaften und Alltag. Bezahlbares und sicheres Wohnen ist eine soziale Verpflichtung. Ein wirksamer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen über zehn Jahre sowie die konsequente Durchsetzung von Umwandlungsverboten sind notwendige Schritte, um Mieterinnen und Mieter in Brandenburg vor Verdrängung zu schützen. Vor allem ältere Menschen verdienen besonderen Schutz, damit ihr Lebensabend nicht bedroht wird.“*

Auch der Mieterverein Potsdam e.V. sieht dringenden Handlungsbedarf: *„Eine solche Verlängerung der Sperrfrist würde in Brandenburg für Gebiete gelten können, in denen die*

ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Mit einer entsprechenden Verordnung könnte die Brandenburger Landesregierung viele Mieter besser vor Eigenbedarfskündigungen schützen. Dieser erweiterte Kündigungsschutz beträfe Häuser, bei denen die Eigentümer vermietete Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln", erläutert Holger Catenhusen, geschäftsführender Vorstand. „Die Landesregierung sollte sich ein Beispiel an Berlin nehmen. Angesichts der Wohnungsnot in der Bundeshauptstadt gilt dort eine zehnjährige Sperrfrist. Von den Beratungsgesprächen mit unseren Vereinsmitgliedern wissen wir, dass die Situation für Mieter diesseits der Glienicker Brücke nicht weniger prekär ist."

Holger Zschoge vom Netzwerk Stadt für Alle in Potsdam ist davon überzeugt: *"Es ist so wichtig, dass sich Mieter:innen zusammenschließen und sich gegen den Ausverkauf ihrer Wohnungen wehren. Auch diese Initiative hat uns - wie viele andere Mieter:innen - nach Unterstützung gefragt. Wir sind gerne zur Stelle mit Rat und Tat gegen diese Wohnkrise!"*

Die Initiative ruft alle Bürger:innen Brandenburgs dazu auf, die Petition online zu unterzeichnen und ein deutliches Signal an die Landespolitik zu senden: Mieterschutz darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

Die Petition mit Erstunterzeichnenden ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Kontakt:

MieterInnengemeinschaft Jung & Alt der Zeppelinstraße 51, 51a und 52

Anne Brandenburger

01709675818

jungundalt@posteo.de



Online Petition unter: openpetition.de/!10jahresperrfrist

Petition an die Landesregierung Brandenburg:

Mietrecht stärken -

Umwandlungen stoppen und Sperrfrist verlängern!

Wir fordern, Mietrechte zu stärken!

Wir fordern ein Verbot für die Umwandlung von Mietshäusern in Wohneigentum!

Wir fordern, die Kündigungssperrfrist auf zehn Jahre zu verlängern!

Wir fordern vom Parlament und von der Landesregierung Brandenburg einen sofortigen Mieterschutz für angespannte Wohnungsmärkte, indem sie jeweils eine Landesverordnung erlassen,

- die ein Umwandlungsverbot von Mietshäusern in Wohneigentum gemäß § 250 BauGB und § 172 Absatz 4 BauGB ermöglicht und
- die Kündigungssperrfrist nach Wohnungsverkäufen gemäß § 577a BGB von drei auf zehn Jahre verlängert.

Begründung

Wir sind Mieter:innen in Häusern in mehreren Stadtteilen von Potsdam und in Regionen Brandenburgs, die akut davon bedroht sind, ihre Mietwohnungen durch Umwandlung und Verkauf zu verlieren.

Es herrscht Wohnungsnot:

Die Wohnungslage in Potsdam und rund um Berlin ist mehr als angespannt. Es ist nahezu unmöglich, bezahlbare Mietwohnungen zu finden. Ein Gutachten der Landesregierung von 2025 kommt ebenfalls zum Schluss, dass in 36 Brandenburger Kommunen angespannte Wohnungsmärkte vorherrschen (<https://2wp.de/Q7>).

Umwandlung in Eigentumswohnungen bedroht unser Zuhause:

Durch Eigenbedarfskündigungen können Mieter:innen von Eigentumswohnungen auf die Straße gesetzt werden. Gleichzeitig wird die Immobilienspekulation mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen weiter angeheizt. Ohne das eine einzige bezahlbare Wohnung neu gebaut wird, verdienen viele Immobilienunternehmen überwiegend ihr Geld mit dem Kauf und Verkauf von Wohnungen – und am besten lässt sich mit Eigentumswohnungen spekulieren, denn ihr Wert steigt stärker als der Wert von Mietwohnungen (Vgl. <https://2wp.de/Qd>).

Eigenbedarfskündigungen gefährden unser sicheres und soziales Leben:

Unsere Wohnungen sind Teil unserer Lebensgeschichten: Hier sind wir aufgewachsen, haben Familien gegründet, unsere Kinder großgezogen - viele von uns blicken auf gelebte Jahrzehnte in ein und derselben Wohnung zurück. Es ist unser Lebensmittelpunkt, unsere Nachbarschaft, unsere sozialen Beziehungen, die mit unserem Wohnort verbunden sind.

Umwandlungsverbot und Kündigungssperrfrist von zehn Jahren!

Zum Schutz von Altmietler:innen ist ein Kündigungsverbot in verkauften Wohnungen notwendig. Mindestens aber sollte die Kündigungssperrfrist konsequent von drei auf zehn Jahre verlängert werden.

Eine Verlängerung der Kündigungssperrfrist und damit der Schutz vor Eigenbedarfskündigungen würde uns Mieter:innen nicht nur Luft verschaffen und den Älteren unter uns einen ruhigeren Lebensabend bescheren. Eine längere Kündigungsbeschränkung von zehn Jahren würde den Verkauf von Wohnungen unattraktiver machen, so dass das Tempo der Immobilienspekulation insgesamt gebremst wird.

Unsere Forderungen werden bereits in anderen Bundesländern wie Berlin, Bayern und Hamburg umgesetzt.

Gerade der äußerst angespannte Wohnungsmarkt in Potsdam und im Berliner Speckgürtel sollte genug Anlass bieten, sich dieser wirkungsvollen Praxis anzuschließen. (Vgl. <https://2wp.de/QF>)

Ansonsten erfreuen sich Kapitalanleger und Immobilienunternehmen weiterhin an dem unregulierten Mietwohnungsmarkt auf Kosten von uns Mieter:innen – und das in direkter Nachbarschaft von Berlin mit strengeren Regeln!

Brandenburg darf keine uneingeschränkte Spielwiese für dubiose und rein gewinnorientierte Immobilienfirmen sein!

Die Immobilienspekulation geht oft mit aggressiver Steuervermeidung einher. So sind ein Teil unserer Wohnungen im Eigentum von Briefkastenfirmen u.a. mit Sitz in Luxemburg. Die Eigentümer der undurchsichtigen Unternehmensstrukturen sind nicht ansprechbar, die Instandhaltung der Häuser für sie nur ein lästiges Übel.

Aber auch regionale Immobilienunternehmer wie Wolfhard Kirsch in Potsdam stehen in der Kritik (Vgl. <https://2wp.de/Q3>). Nach Erfahrungen von Betroffenen setzen sie Mieter:innen unter Druck. Diese sollen ihre langjährigen Mietwohnungen verlassen, damit die Unternehmen die leer gezogenen Mietwohnungen mit maximalem Gewinn verkaufen können. Das geforderte Umwandlungsverbot und die Verlängerung der Kündigungssperrfrist tragen dazu bei, uns Mieter:innen vor solchen Geschäftspraktiken zu schützen.

Es ist Zeit zu handeln!

Erstunterzeichnende innerhalb von 2 Wochen, Stand: 09.02.2026:

227 Privatpersonen

und 28 Organisation und Initiativen:

MieterInnengemeinschaft Jung & Alt der Zeppelinstraße 51, 51a und 52 in Potsdam

Mieterinitiative Bornstedt

Interessengemeinschaft von Mieterinnen und Mieter der Wohnungsgenossenschaft "Karl Marx"

Bürger*inneninitiative "Am Telegrafenberg"

Die Tuchmacher e.V.

BI MieterInnen in Babelsberg

Holger Catenhusen, Geschäftsführender Vorstand, Mieterverein Potsdam und Umgebung e. V., Potsdam

Angela Schweers, Vorstandsvorsitzende, AWO Bezirksverband Potsdam e.V.

Netzwerk Stadt für Alle Potsdam

Stadtteilgewerkschaft Waldstadt Solidarisch

SPD-Stadtfraktion Potsdam

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Brandenburg

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Potsdam

Wählergruppe DIE aNDERE

Fraktion DIE aNDERE

Die Linke, Landesverband Brandenburg

Isabelle Vandré, MdB, Fraktion Die Linke im Bundestag

Fraktion Die Linke in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung

Fraktion Die Linke / Tierschutzpartei im Kreistag Oder-Spree

Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde

Fraktion Die Linke Zeuthen

Candy Boldt-Händel, Mitglied im Vorstand Die Linke (Bund)

Fritz Viertel, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin

Stephan Wende, stellvtr. Vorsitzender Die Linke Brandenburg und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss Fürstenwalde

Sibylle Wallat-Schwarz, Kreistagsabgeordnete Fraktion Die Linke / Die Piraten Landkreis Havelland

Claudia Mollenschott, Co-Fraktionsvorsitzende SPD/Grüne/Linke/WirFürKW/BiS

Die Linke Kreisverband Potsdam, Kreisverband Barnim, Kreisverband Oberhavel,
Regionalverband Die Linke Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf-Nuthetal, Kreisverband Dahme-Spreewald